



Deutsche
Rentenversicherung

Bund

**Bundesvertreterversammlung
Deutsche Rentenversicherung Bund
am 2. Dezember 2022
in Berlin**

**Eine stabile gesetzliche Rente in her-
ausfordernden Zeiten**

Anja Piel

**Vorsitzende des Bundesvorstandes
der Deutschen Rentenversicherung Bund**

Es gilt das gesprochene Wort!

abrufbar auch unter www.deutsche-rentenversicherung.de

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Eine Redewendung besagt:

„In der Krise beweist sich der Charakter“.

Mir scheint, auch wir – als Gesellschaft – haben zurzeit sehr viel Gelegenheit, Charakter zu beweisen.

Durch die aktuelle Krise ist die unmittelbare Zukunft so wenig berechenbar, wie lange nicht mehr.

Lassen Sie mich dazu auf die vergangenen 15 Jahre schauen:

Nach einer längeren wirtschaftlich stabilen Phase brach 2008 die globale Finanzkrise aus. In jenem Jahr scheiterte die amerikanische Investmentbank Lehman Brothers auf spektakuläre Weise. Das Finanzsystem geriet ins Wanken, der wirtschaftliche Schaden war enorm.

Aus und auf die Finanzkrise folgte die Staatsschuldenkrise im Euroraum. Dabei geriet dieser wirtschaftlich und politisch in große Gefahr. Im Jahr 2012 waren sich einen Moment lang viele Beobachter nicht sicher, ob der Euro überleben würde.

Erst als Mario Draghi seinen mittlerweile berühmt gewordenen Satz „...*whatever it takes* ...“ sprach, stabilisierte sich die Situation.

Es folgten acht Jahre eines starken wirtschaftlichen Aufschwungs mit hoher Stabilität, bevor 2020 das Coronavirus die Welt herausforderte.

Kaum hatten wir Wege gefunden mit der Pandemie umzugehen, griff am 24. Februar dieses Jahres Russland die Ukraine an.

Immer noch findet dieser entsetzliche Krieg in unserer Nachbarschaft statt – und ein Ende ist nicht in Sicht. Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen sind auf der ganzen Welt zu spüren.

Damit sind wir bei der jüngsten Krise angelangt.

Die Preise für Energie und Nahrungsmittel steigen und mit ihnen die Inflation. In Deutschland sind die Inflationsraten seit September zweistellig. Es sind die höchsten Werte seit über 70 Jahren – das belastet die Menschen sehr. Für viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ist die starke Teuerung momentan das drängendste Problem in ihrem Alltag.

Im Juli wurde durch die Europäischen Zentralbank deshalb die Zinswende eingeleitet, die Leitzinsen seitdem mehrfach angehoben und das Kapitel negativer Einlagenzinsen ebenso beendet.

Die Eindämmung der Inflation bringt aber auch Belastungen mit sich. Sie dürfte vorübergehend das Wachstum zusätzlich dämpfen und letztlich auch die Gefahr einer Rezession erhöhen.

Bereits im Verlauf des dritten Quartals verschlechterte sich die Stimmung in den Unternehmen aller Sektoren und die Verbraucherinnen und Verbrauchern reduzierten ein weiteres Mal ihren Konsum.

Insgesamt könnte die Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr daher merklich sinken. Für das gesamte kommende Jahr prognostiziert der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten vom 9. November einen Rückgang des Bruttoinlandproduktes um 0,2 Prozent.

Diese kurze Revue lässt sich wohl tatsächlich zusammenfassen als: ***Krise, ist öfter als gedacht.***

Für die Menschen sind ihre Lebensperspektiven unsicherer, weniger planbar. Das Vertrauen in Mitmenschen oder bestehende gesellschaftliche Institutionen kann durch die Krisenfolgen und -maßnahmen sinken.

In diesen Zeiten ist es wichtig, wie eingangs erwähnt, Charakter und Verlässlichkeit zu beweisen.

Und genau in diesem Sinne ist die gesetzliche Rentenversicherung ein Stabilitätsanker in unsicheren Zeiten.

Denn wenn wir von unstillen, gar stürmischen Zeiten reden, haben wir natürlich auch immer deren Auswirkungen auf die Alterssicherung im Blick. Die Menschen machen sich Sorgen – um ihre aktuelle Einkommenssituation, aber eben auch um ihre zukünftige Rente.

Einige der Befürchtungen sind nachvollziehbar und auch der großen Ungewissheit der künftigen Entwicklung geschuldet. Teilweise werden sie jedoch durch unzutreffende oder missverständliche Aussagen ausgelöst bzw. verstärkt.

Lassen Sie mich hierzu vier Überschriften deutscher Tageszeitungen zitieren:

- „Party feiern die Alten“ sagt die Frankfurter Allgemeine Woche,
- „Goodbye, Ruhestand“ titelt hingegen die Süddeutsche Zeitung.
- „Die Renten steigen kräftig“ sagt die Frankfurter Allgemeine Zeitung,
- „Angst vor Armut im Alter“ schreibt dafür die Berliner Morgenpost.

Doch allen bisherigen ökonomischen Krisen und medialen Unkenrufen zum Trotz, hat sich die gesetzliche Rentenversicherung stets bewährt. Sie ist sehr stark aufgestellt und steht wesentlich besser da als erwartet.

Gerade ihre Anpassungsfähigkeit ist eines ihrer Erfolgsrezepte.

Die Verlässlichkeit, mit der die Rentenversicherung die Versorgung der älteren Generation gewährleistet – trotz erheblicher Veränderungen ökonomischer, gesellschaftlicher und demografischer Rahmenbedingungen in den letzten Jahrzehnten – macht sie zu einem Stabilitätsanker – erst recht in herausfordernden Zeiten.

Ich werde anhand zweier Themenbereiche aufzeigen, wie die Rentenversicherung Unsicherheit verringert und Stabilität stärkt und zwar anhand

- der Finanzierbarkeit der Renten im demografischen und technologischen Wandel und
- der Sicherung vor Kaufkraftverlust und Inflation.

Ein demografischer Wandel wie in Deutschland erwartet, ist ohne Zweifel eine große Herausforderung für jede Alterssicherung. Das gilt für umlagefinanzierte wie für kapitalgedeckte Alterssicherungssysteme gleichermaßen – vor allem dann, wenn wir auf die Leistungsseite beider Systeme schauen.

Auf der *Finanzierungsseite* ergibt sich für Umlagesysteme zudem die bekannte Problematik, dass das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbeziehern ungünstiger werden kann.

Dies gilt gerade in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren, wenn die sogenannte „Babyboomer-Generation“ aus dem Erwerbsleben ausscheidet.

Damit fordert die Alterung der Gesellschaft nicht nur die Rentenversicherung heraus, sondern auch die Unterneh-

men. Und beide Bereiche reagieren darauf, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln.

So wurde für die gesetzliche Rentenversicherung bekanntlich die Regelaltersgrenze angehoben und damit die Grenze zwischen Erwerbs- und Rentenalter nach oben verschoben.

Auch weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung – insbesondere von Frauen und Menschen im „rentennahen Alter“, sowie die bisher erfolgte Integration von Zugewanderten in den deutschen Arbeitsmarkt – sind hierfür wichtige Erfolgsbeispiele – mit jeweils weiterhin noch Luft nach oben. Diese Maßnahmen liefen parallel zum wirtschaftlichen Aufschwung, mit einem starken Arbeitsmarkt und einer wachsenden Zahl an Arbeitsplätzen.

Im Ergebnis haben wir heute die höchste jemals erfasste Zahl versicherungspflichtig Beschäftigter in unserem Land. Vorlaufende Arbeitsmarktindikatoren deuten zwar aktuell darauf hin, dass sich die Aufbaudynamik **in 2023** deutlich abschwächen wird.

Aber weiterhin wird im Jahresdurchschnitt mit einem **neuen Höchststand von ca. 34,6 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** gerechnet.

Eine gute Nachricht, denn die Finanzsituation der Rentenversicherung hängt vor allem von der Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung ab.

Derzeit geht die Bundesregierung in ihren Eckwerten davon aus, dass die Zahl der Beitragszahler in 2023 und 2024 noch einmal um 0,4 bzw. 0,3 Prozent wachsen wird und die Löhne pro Arbeitnehmer in beiden Jahren um etwa jeweils fünf Prozent zunehmen werden.

Bis 2026 – so die Annahmen – führt dies zu einem Wachstum der Pflichtbeiträge von über 16 Prozent.

Wie aufgeführt, basiert diese Erwartung nicht auf zunehmende Beschäftigung, sondern vornehmlich auf guter Lohnentwicklung.

Schon heute kommen 35 Menschen jenseits der aktuellen Regelaltersgrenze auf 100 Menschen im Erwerbsalter. Dieses Verhältnis, der sogenannte Altersquotient, hat sich in den vergangenen 35 Jahren bereits um gut 50 Prozent erhöht. Und mittelfristig werden dem Arbeitsmarkt eher weniger Menschen zur Verfügung stehen und der Altersquotient weiter ansteigen.

Das künftige Wachstum der deutschen Wirtschaft dürfte sich deshalb vor allem aus der Produktivitätsentwicklung

speisen. Umso wichtiger werden technischer Fortschritt und Innovationen.

Das wissen die Unternehmen und bauen durch kluge Investitionen vor. Und dies nicht erst seit kurzem.

Positiv stimmt in diesem Zusammenhang, dass vergangenes Jahr die Betriebsgründungen im Bereich wissensintensiver Dienstleistungen stark zugenommen haben. Das könnte den Produktivitätsfortschritt auch mittelfristig stärken.

Auch die aktuelle Energiekrise könnte auf längere Sicht positive Entwicklungen anstoßen und die Abkehr von fossilen Energieträgern nun schneller voranbringen. Je früher wir uns anpassen, desto schneller profitieren wir von den günstigen Produktionskosten bei erneuerbaren Energien und damit von einer starken Wirtschaft.

Die wiederum ist Basis für eine stabile Alterssicherung und deren Finanzierung.

Und genau durch diese Fähigkeit der stetigen Anpassung: einmal im Rentenrecht und einmal durch Investitionen in die Fähigkeiten der Menschen und in den technischen Fortschritt, ist der Beitragssatz der Rentenversicherung – trotz der seit Mitte der 1980er Jahre massiv gestiegenen demografischen Belastung – heute sogar niedriger als damals.

Aktuell verzeichnen wir mit 18,6 Prozent den geringsten Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung seit einem Vierteljahrhundert.

Und in diesem Zeitraum schwankte der Beitragssatz fast ausschließlich in einem schmalen Intervall von ca. 18 und 20 Prozent. Ein, wie ich finde, erstaunliches Maß an Stabilität.

Der demografische Wandel wird sich fortsetzen. Aber die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte zeigt, dass Anpassungen möglich sind.

Im Ergebnis dieser Stabilität erwarten wir für die gesetzliche Rentenversicherung in 2022 Einnahmen in Höhe von 356,8 Mrd. Euro und Ausgaben von 354,7 Mrd. Euro.

Damit entsteht voraussichtlich ein Überschuss von 2,1 Mrd. Euro. Er wird in die Nachhaltigkeitsrücklage überführt.

Das zeigt: Bei allen akuten Problemen und Krisen sollten wir nie die Anpassungsfähigkeit der Systeme aus den Augen verlieren. Sie ist die Basis für eine stabile Entwicklung. Mit Blick auf die Organisation der Alterssicherung ist uns dies bisher gelungen.

Hierdurch wurde in diesem Jahr u.a. auch der Beschluss einer **Rentenreform** ermöglicht, mit der zum 1. Juli 2024 jene Menschen eine höhere **Erwerbsminderungsrente** erhalten, deren Rentenbeginn zwischen den Jahren 2001 und 2018 liegt. Sie erhalten, je nach Rentenbeginn, eine pauschale Erhöhung von 4,5 bzw. 7,5 Prozent.

Mit dieser Maßnahme werden rund drei Millionen Renten erhöht und damit für diesen Personenkreis ähnliche Verbesserungen vorgenommen, wie bereits bei den jüngeren Rentenzugängen durch die sogenannte Zurechnungszeit bis zur Altersrente.

Der zweite Themenbereich, auf den ich eingehen möchte, ist, wie angekündigt, die Sicherung vor Kaufkraftverlust und Inflation.

Die Befürchtung, angesichts stark steigender Preise den Lebensunterhalt oder den gewohnten Lebensstandard nicht mehr finanzieren zu können, ist gegenwärtig groß. Gerade auch bei älteren, die ihr Einkommen oft nicht einfach durch mehr Arbeit oder Lohnerhöhungen verbessern können.

Die Rentnerinnen und Rentner an der Wohlstandsentwicklung der Erwerbsgeneration teilhaben zu lassen und damit vor Wohlstandsverlusten aufgrund steigender Lebenshaltungskosten zu schützen, war bereits das Kernanliegen der Rentenreform von 1957.

Damals wurde mit der Einführung der „Dynamischen Rente“ die Rechtsgrundlage dafür geschaffen, dass sowohl die laufenden Renten als auch die Rentenanwartschaften der Versicherten jährlich angepasst werden.

Im Grundsatz gilt seit nun 65 Jahren: In der gesetzlichen Rentenversicherung folgen die Renten und die Rentenanwartschaften der Versicherten der Lohnentwicklung der Vorjahre.

So kompensieren die Rentenanpassungen die Preissteigerungen grundsätzlich in gleicher Weise, wie die Lohnerhöhungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Allerdings immer mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung.

Die Anpassung erfolgt dabei nach einheitlichen, für alle Versicherten, Rentnerinnen und Rentner in gleicher Weise geltenden gesetzlichen Regelungen. Und sie erfolgen automatisch, jeweils zum 1. Juli eines Jahres. Die Anpassungen sind insofern etwas Selbstverständliches geworden. Schon das trägt dazu bei, Unsicherheit für die Betroffenen zu vermeiden.

Die diesjährige Rentenanpassung von 5,35 Prozent in den alten und 6,1 Prozent in den neuen Ländern war zwar die Höchste seit Jahrzehnten, sie dürfte aber die Preissteigerungen im laufenden Jahr nicht voll ausgleichen können – immerhin rechnet die Bundesregierung im Jahresdurchschnitt mit einer Inflationsrate von über 8 Prozent. Zumal es in 2021 keine beziehungsweise nur eine sehr kleine Erhöhung gab. Und ein unerwarteter Preissprung führt erst mit einiger Verzögerung zu entsprechenden Lohnerhöhungen.

Dennoch: **Die Anpassung der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und die Orientierung dieser Anpassung an der Lohnentwicklung, gibt den Rentnern die Planbarkeit und die Sicherheit!**

Die gesetzliche Rentenversicherung gleicht zwar nicht in jedem Jahr, aber doch in allermeisten Jahren und langfristig sehr deutlich den Kaufkraftverlust aus. Das bietet längst nicht jede Alterssicherung.

Und mittelfristig sind die Löhne wie auch die Renten stets stärker gestiegen als die Preise und davon dürfen wir auch hier wieder ausgehen. Die gesetzliche Rentenversicherung reduziert somit auch hier ein weiteres Mal Unsicherheit. Und die Leistungen suchen ihres gleichen.

Kurzfristig sind aber ergänzend Maßnahmen, wie sie der Bund mit der Energiepreispauschale, Gas- und Strompreisbremse und ähnlichem umsetzt, geboten, um den Preisanstieg zu dämpfen oder auszugleichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

meine bisherigen Ausführungen haben sich auf die Stabilitätsmechanismen des gesetzlichen Rentensystems bezogen.

Richtig wirken können diese jedoch erst durch eine starke Verwaltung. Eine Verwaltung, die jederzeit die gesetzlichen Aufträge verlässlich umsetzt und in Krisenzeiten über sich hinauswächst.

Und genau das haben die Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Rentenversicherung auch in diesem Jahr wieder getan.

So führten die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine umgehend zu einem **Mangel an Papier**.

Dieses stellt im Kerngeschäft der Deutschen Rentenversicherung aber nun einmal die größte Verbrauchsressource dar.

Schnell musste daher der Fokus auf papierarme Kommunikation gelegt und vorangetrieben werden.

Ein Kraftakt für die Verwaltung, der uns aber gelingt.

Zudem werden Ausdrücke in verschiedenen Bereichen reduziert. Ziel ist es zunächst, knapp 33 Millionen Blatt Papier einzusparen.

Ein Wert, welcher sich auch durch die zunehmende Digitalisierung der Verwaltungsabläufe und den Ausbau der onlinebasierten Rentenservices realisieren lässt.

Die digitalen Abläufe machten es unter anderem auch möglich, noch in diesem Dezember den Rentnerinnen und Rentner die so genannte **Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro** über den Postrenten-Service auszahlen zu können.

Auch hinter dieser Leistungsauszahlungen verbergen sich nicht triviale Prozesse und Verwaltungsabläufe, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Rentenversicherung verlässlich und sicher umgesetzt wurden. Ihnen gilt mein herzlicher Dank!

Ich weiß, dass die Kolleginnen und Kollegen es gerade in diesem Jahr nicht immer einfach hatten.

Die Corona-Pandemie ist noch nicht beendet und die damit verbundenen Einschränkungen erschweren weiterhin unser Alltagshandeln.

Auch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine bringt weitere Einschränkungen für die Verwaltung mit sich.

Ich weiß um die vielfältigen – auch öffentlichen – Diskussionen des pro und contra zu den kurz- und mittelfristigen **Energieeinsparmaßnahmen im Gebäudebestand.**

Für die öffentlichen Verwaltungen bedeutet dies, in diesem Winter in Büroräumen zu arbeiten, in denen die Temperatur auf 19 Grad abgeregelt ist. Eine nicht immer leicht auszuhaltende Situation.

Aber auch hier bin ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Rentenversicherung dankbar, dass sie diese Vorgaben annehmen und sich solidarisch zeigen. Hierfür möchte ich mich ebenfalls herzlich bedanken!

Meine Damen und Herren,

wir haben in den vergangenen Jahren einige Krisen erlebt, und ein Ende ist noch nicht in Sicht.

Die aktuellen Zeiten sind turbulent und die Herausforderungen groß.

Die Pandemie und ihre Folgen sowie der russische Angriffskrieg stellen unser Land vor große Herausforderungen. Damit verbunden sind Sorgen und Ängste.

Das ist aber kein Grund, pessimistisch in die Zukunft zu schauen.

Die Politik kann helfen, diese Herausforderungen zu bewältigen. Wirtschaftspolitik kann beispielsweise die Entwicklung widerstandsfähigerer und nachhaltiger Lieferketten unterstützen. Geldpolitik kann für Preisstabilität sorgen

und verhindern, dass sich eine hohe Inflation festsetzt. Und Sozialpolitik befördert den sozialen Frieden mittels bestmöglichen Interessenausgleich.

Arthur Schopenhauer – in vielen europäischen Städten gelebt und Erfahrungen gesammelt – hatte zu seinen Lebzeiten schon eine Beobachtung formuliert, die auch heute noch aktuell scheint:

„Ein eigentümlicher Fehler der Deutschen ist, dass sie, was vor ihren Füßen liegt, in den Wolken suchen“.

Die gesetzliche Rentenversicherung liegt vor unseren Füßen. Sie ist – zusammen mit ihrer Verwaltung – ein stabiles Fundament. Und sie kann in wesentlichen Lebensbereichen die Unsicherheit der Menschen verringern.

Sie wird auch in den kommenden Jahrzehnten – wie dies heute der Fall ist – dazu beitragen, das individuelle Risiko zu mindern, im Alter arm zu sein.

Und sie bietet durch ihre gesetzlichen Regelungen zur Anpassung der Renten einen vergleichsweise guten Schutz vor Inflation und Kaufkraftverlusten.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist insofern tatsächlich ein Stabilitätsanker in unsicheren Zeiten!

Ich finde daher, wir können und dürfen durchaus mehr Selbstbewusstsein und Optimismus zeigen, was die Bewältigung unserer zukünftigen Herausforderungen für eine verlässliche Alterssicherung anbetrifft.

Denn meine Erfahrung ist, dass uns bisher jede Krise klüger und stärker gemacht hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.